

Verein der Staatsbeamten.

Sonntag nachmittag fand im Sitzungssaale des alten W-geordnetenhauses eine Landesversammlung des Vereins der Staatsbeamten statt. Die Stimmung der Teilnehmer war sehr erregt und der Vorsitzende sah sich infolge stürmischer Szenen wiederholt gezwungen, die Beratungen zu unterbrechen.

Der Präsident Viktor Kosiński betont in seiner Eröffnungsrede, daß die Erhöhung der Gehälter und der Unterstützungen mit der täglich zunehmenden Teuerung Schritt halten müßte. Es sei leider keine Aussicht vorhanden, daß die berechtigten Wünsche der Beamten befriedigt werden.

Benedikt Biró verliest den Entwurf eines Memorandums, in dem die Beamten eine 200-, 150- und 100prozentige Kriegsunterstützung, die Versorgung der Anschaffungsgruppen der Beamten mit den erforderlichen Lebensmitteln und Waren, die Beseitigung des Warenwunders fordern. Ein hierauf bezüglicher Gesetzesentwurf soll noch im Herbst durch das Parlament erledigt werden.

Die nächsten Redner greifen mit heftigen Worten die Regierung und die Vereinsleitung an. Der eine Redner stellt den Antrag, man möge wegen der durch die Teuerung verursachten Mehrausgaben einen Zivilprozeß gegen den Staat anstrengen, ein anderer schlägt vor, eine Montredeputation an den König zu senden. Ein Redner, der die aufgeregten Gemüter beschwichtigen wollte, wurde nicht angehört und der Vorsitzende mußte wiederholt die Beratung suspendieren.

Roland Kiss beschäftigt sich mit dem durch den jüngsten Ministerrat angenommenen Entwurf, den er für unzulänglich hält, da darin die höheren Beamten begünstigt werden. Vergebens weist der Vorsitzende darauf hin, daß der in den Blättern veröffentlichte Entwurf nicht authentisch sei; die Versammlung protestiert stürmisch gegen den Entwurf und befürwortet mit Begeisterung den Vorschlag Roland Kiss', die Staatsbeamten mögen eine stramme Organisation schaffen, um mit voller Kraft für ihre Forderungen eintreten zu können.

Dr. Stefan Csillag greift die Vereinsleitung an und fordert deren Demission. Die Mehrheit applaudiert begeistert. Der Vorsitzende erklärt, er könne gegenwärtig seinen Platz nicht verlassen, da die Frage des Vertrauens nicht auf der Tagesordnung stehe.

Eugen Záhorky schlägt vor, das Existenzminimum der Staatsbeamten auf 3000 Kronen zu erhöhen, die industriellen und Handelsartikel zu requirieren und ihre Höchstpreise festzustellen, einen Regierungskommissär zur Verhinderung der Preistreiberei zu entsenden, für die Beamten der achten bis ersten Rangklasse die Krankenversicherung durchzuführen und dem Präsidium das Mißtrauen auszudrücken. Sollte das Parlament diese Wünsche nicht erfüllen, so soll innerhalb dreißig Tagen der Landeskongreß der Staatsbeamten einberufen werden.

Paul Rohitsel fordert die Vereinsleitung auf, der Regierung mitzuteilen, daß die Beamten, falls ihre Wünsche nicht befriedigt werden, entschlossen sind, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Dr. Andreas Andor erklärt im Namen der Vereinsleitung den meisten Anträgen zuzustimmen. Die Wahrung der unge störten Fortführung des staatlichen Lebens erfordere es, daß die Frage der Staatsbeamten dringend gelöst werde.

Nach Annahme der Anträge wurde die Versammlung geschlossen.

Die Eisenbahner beim Handelsminister Grafen Béla Serényi.

Der Verband der Eisenbahner der Länder der ungarischen heiligen Krone hielt gestern um 9 Uhr vormittags im Beratungssaale des Ostbahnhofes eine außerordentliche Anschlußsitzung ab.

Der Präsident Hofrat Dr. Alexander Gaußer teilte in seiner Eröffnungsansprache mit, daß der Verband die Beschwerden der Eisenbahner in Form eines Memorandums dem Handelsminister unterbreitet habe. Die Regierung hat einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet, auf Grund dessen die Angestellten mit höheren Gehältern 50, die mit geringeren Gehältern 100 Prozent Zuschläge erhalten sollen.

Die nun folgenden Redner schilderten die schwierige Lage der Eisenbahner, die oft siebzig Stunden Arbeitszeit und noch mehr zu bewältigen haben und mit ihren jetzigen Bezügen nicht einmal den Lebensmittelbedarf decken könnten.

Die Sitzung nahm einen Beschlußantrag an, wonach sie von der Regierung eine Besserung der materiellen Lage der Angestellten, die Gewährung von Mietzinszuschlägen, die doppelte Einrechnung der Kriegsjahre in die Pensionsberechtigung, die Versorgung der Eisenbahner mit Kleidern und Wäsche, die Erhöhung der Mehlkopfquote für das Zugbegleitpersonal und die Rangierer verlangt.

Nach der Sitzung begab sich der Ausschuß korporativ in das Handelsministerium, wo Handelsminister Graf Béla Serényi die Deputation um 12 Uhr mittags in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Elemér Santos, des Direktionspräsidenten der Staatsbahnen Staatssekretärs Kornel Tolnay und des Direktors der Maschinenfabrik Johann Bapp empfing.

Im Namen des Verbandes gab Hofrat Dr. Alexander Gaußer, im Namen des Vereins der Zugbegleiter Karl Galács den Wünschen der Eisenbahner Ausdruck.

Minister Graf Béla Serényi erklärte in seiner Antwort, daß er die Regelung der Gehälter der Eisenbahner am Herzen trage. Als er die Leitung des Ministeriums übernahm, war es sein erstes, die Schulden der Eisenbahner zu sammenschreiben zu lassen, um sie in den nächsten Monaten von dieser Last zu befreien. Infolge des Krieges ist die Kraft der Regierung geschwächt: Kleiderstoffe und Schuhe können nicht so rasch herbeigeschafft werden. Er bittet die Eisenbahner, noch Geduld zu haben und den guten Ruf nicht zu schädigen, den sie sich während des Krieges mit ihrer Arbeit gesichert haben. In den Fragen der Gehaltsregelung und der Verpflegung wird der Minister sich mit dem Finanzminister und mit dem Volksernährungsminister in Verbindung setzen, und er glaubt, daß die Lage der Eisenbahner auch in dieser Richtung eine Besserung aufweisen werde. Er wird ferner Verfügungen treffen, daß auch die Behandlungsweise des untergeordneten Personals nicht zu Beschwerden Anlaß gebe. Der Minister bat zum Schluß die Eisenbahner, ihre Pflich-

ten wie bisher zu erfüllen, damit sie auch weiterhin der Anerkennung des Königs und des Vaterlandes würdig bleiben.

Die Deputation nahm die Antwort des Ministers mit Entzücken zur Kenntnis.